142. Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtages, 21. September 2022

Rede Ulf Thiele MdL

stv. Vorsitzender der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
- Es gilt das gesprochene Wort. -

TOP 2: **Aktuelle Stunde**
a) Bundesregierung ohne klaren Kurs – Ampel-Versagen gefährdet Wirtschaft, Arbeitsplätze und Wohlstand
Antrag der Fraktion der CDU

- ## Einleitung

  <<Anrede>>

  Fast täglich treffe ich und treffen viele von uns auf Betriebsinhaber, die mit Blick auf die steigenden Gas- und Strompreise in ernster Sorge sind, dass sie in den kommenden Monaten ihre Mitarbeiter entlassen müssen, dass sie die steigenden Preise nicht an ihre Kunden weitergeben können und dass sie Insolvenz anmelden müssen. Das Statistische Bundesamt meldet gerade gestern ein Rekordhoch beim Anstieg der Erzeugerpreise, vor allem wegen teurer Energie, um durchschnittlich 45,8 Prozent. Bäcker, Fleischer, Metallbauer, Sandabbauunternehmen, Verzinkereien, Chemie-Unternehmen, Stahlwerke, … Es gibt tausende Betriebe, deren Energiekosten vollends aus dem Ruder laufen. Und, liebe Kollegen von den Grünen, die hören dann nicht eine Zeit lang auf zu produzieren. Wenn nicht endlich gehandelt wird, durch die Ampel-Regierung im Bund, wenn nicht endlich die Energiepreise gedeckelt werden, dann gehen uns reihenweise Unternehmen Pleite/ Konkurs/ in Insolvenz! Völlig egal, wie sie es nennen.

  <<Anrede>>

  Jeder Betrieb, der durch das Versagen der Bundesregierung insolvent geht, ist unwiederbringlich verloren. Und alle Arbeitsplätze, all ihr Know How, all ihre Wertschöpfungskraft geht mit diesen Unternehmen verloren. Das Ampel-Versagen droht unser Land in eine tiefe Wirtschaftskrise zu stürzen. Dieses Geeiere und Lamentieren des Wirtschaftsministers, des Finanzministers und des Kanzlers müssen endlich ein Ende haben. Und dieser koalitionsinterne Dauerstreit über die richtigen Maßnahmen ebenso.

- ## 65 Mrd. Euro teure Maßnahmen verpuffen

  <<Anrede>>

  Schauen wir uns beispielsweise mal das 65 Mrd. Euro Maßnahmen-Paket an. Vorausgegangen waren Anfang September eine gescheiterte Klausurtagung des Ampel-Koalitionsausschusses und eine weitere Nachtsitzung. Ein mir und meiner Partei nicht gerade nahestehender Ministerpräsident hat die Ergebnisse dieser Nachtsitzung wie folgt kommentiert: (Zitat) „Der Bund greift direkt in den Landeshaushalt ein, ohne mit uns ein Wort zu reden. Das ist wie ein Kellner, der kommt und die Rechnung präsentiert, ohne einen Service geleistet zu haben. Dieser Umgang ist nicht zu akzeptieren.“ <<Anrede>> So wenig ich seine politischen Ansichten teile, aber wo Bodo Ramelow, der Ministerpräsident von Thüringen, Recht hat, hat er Recht!

  <<Anrede>>

  In Summe soll unser niedersächsischer Landeshaushalt inzwischen vom Bund schon mit knapp zwei Mrd. Euro herangezogen werden. Und die Kommunen in Niedersachsen nochmals mit knapp 750 Millionen Euro.

  Herr SPD-Landesvorsitzender, es gibt schlechte Nachrichten für Sie: Die Millionen, die sie da am Montag ins Schaufenster gestellt haben, die haben ihre Genossen und deren Koalitionäre in Berlin längst verplant und verfrühstückt. Aber wir sind sehr bei Ihnen, wenn wir uns darauf verständigen, diesen Griff in die Kassen der Länder und Kommunen zu stoppen!

  Denn da wurde nicht nur die Rechnung ohne den Wirt gemacht, sondern das Paket verfehlt zudem seine Wirkung. Es doktert an den Symptomen der Energie-Krise

herum. Die eigentlichen Ursachen bekämpft es nicht. Weder sorgt es für eine verlässliche Energieversorgung, noch für bezahlbaren Strom und bezahlbares Gas.

Das hat übrigens der SPD-Landesvorsitzende noch am Samstag im Gespräch mit dpa auch so gesehen. Am Montag galt das dann aber nicht mehr. Das spricht auch nicht für Verlässlichkeit!

[Zitat dpa 17.8.22: Es spricht viel dafür, dass wir uns auch in Deutschland sehr intensiv mit dieser Frage (des Energiepreisdeckels) auseinandersetzen.“ „Die Alternative wären unzählige Hilfsprogramme, die alle verwaltet werden müssen, aber zumeist eben erst dann greifen, wenn die Menschen oder Unternehmen schon in Not geraten sind.“

- **Das Problem dort lösen, wo es entsteht.**

  <<Anrede>>

  Auch Deutschland muss endlich die Energiekrise an seinen Ursachen bekämpfen, statt an den Symptomen zu reparieren. Es hilft nicht, den Menschen jetzt mit der Gießkanne Einmal-Zahlungen zu geben und die dann mit der Gasumlage wieder einzusammeln.

  Die Energie selbst muss wieder bezahlbar werden. Für jeden Privathaushalt, für jede Tafel, jedes Krankenhaus und jeden Betrieb.

  - Daher muss die Strombörse endlich ausgesetzt und eine Preisbremse auf dem Strommarkt eingeführt werden.
  - Wir brauchen einen Gaspreis-Deckel. Und die Gasumlage muss sofort gestoppt werden. Kein Zögern und kein Zaudern mehr. Diese Entscheidung ist überfällig.
  - Und die Bundesregierung muss endlich einsehen: In dieser Energie-Krise brauchen wir jede Kilowattstunde Energie im System! Glauben Sie, wir Christdemokraten haben Freude daran? Ganz sicher nicht! Aber es ist doch offensichtlich, dass es in dieser Lage zwingend erforderlich ist, alle verfügbaren Kohlekraftwerke und auch die drei verbliebenen Kernkraftwerke vorübergehend weiterlaufen zu lassen. Und zwar in der Grundlast! Es ist doch ein Wahnsinn, stattdessen teures und wertvolles Erdgas zu verfeuern! Wer das nicht einsieht und wer das nicht tut, der verschärft unser Energieproblem. Der nimmt billigend horrende Strom- und Gasrechnungen in Kauf. Der provoziert eine Rezession mit tausenden Insolvenzen und hunderttausenden Arbeitslosen! Das ist es, was die Ampel im Bund gerade tut.

- **Schlussbemerkung**

  <<Anrede>>

  Wer die berechtigten Sorgen der Menschen und der Unternehmen ernst nimmt, der muss jetzt aufhören, mit Umverteilungspolitik. Und der muss jetzt die Ursachen bekämpfen. Bernd Althusmann und die CDU haben dafür kluge Vorschläge gemacht. Es wird Zeit, dass die Bundesregierung dem endlich folgt!

  Vielen Dank!